Sonderdruck aus:

EMDER JAHRBUCH

für historische
Landeskunde Ostfrieslands

Die Gesellschaft für bildende Kunst und
vaterländische Altertümer seit 1820 zu Emden
im Kontext nationalsozialistischer Kulturpolitik

Ein Werkstattbericht

Von Georg Kö

BAND 100 (2020)

Ostfriesische Landschaft
Aurich

Die Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer seit 1820 zu Emden im Kontext nationalsozialistischer Kulturpolitik

Ein Werkstattbericht

Von Georg Kö

Thomas Mann war nicht nur einer der meisterlichsten Erzähler des zwanzigsten Jahrhunderts. Er war auch ein präziser Analytiker des Zeitgeschehens und im Sinne einer aufgeklärten weltbürgerlichen Haltung notwendigerweise ein sehr politischer Mensch. Diese Notwendigkeit wurde er, gerade als Flüchtling in der Schweiz und später in New York City, nicht müde, zu betonen. Seine Überzeugung, dass Kultur nicht unpolitisch gedacht werden kann, die sich später als ein allgemeines Gesetz der Geschichtsbetrachtung herausstellen sollte, erfuhr aus der Perspektive des transatlantischen Exils eine sehr präzise Formulierung: „Es ist ein Irrtum deutscher Bürgerlichkeit, zu glauben, man könne ein unpolitischer Kulturmensch sein. Wohin die Kultur gerät, wenn es ihr am politischen Instinkt mangelt, das können wir heute sehen.“¹

Das „Heute“ der Rede, der diese Sätze entnommen sind, war die Gegenwart des hier sprechenden politischen Kulturmenschen Thomas Mann des Jahres 1938. Ein Jahr, in dem jener Irrtum über die Sphäre der Kultur und die deutsche Bürgerlichkeit hinaus unter dem bezeichnenden Titel „Appeacement“ zur Weltpolitik geworden war und so das nationalsozialistische Terror-Regime peu à peu die Grenzen der Menschlichkeit, und nicht zuletzt auch die Grenzen des Reiches, illegitimer Weise verschieben konnte. Im Sinne Thomas Manns ist vor diesem historischen Hintergrund deutlich geworden, dass „nicht politisch“ sein zu wollen stets auch eine – meist fatale – Form von Politik ist. Fast zeitgleich machte in diesem denkwürdigen Jahr 1938 das Terror-Regime in Deutschland ganz deutlich, was hinkünftig unter Kultur zu verstehen ist und wohin die Kultur unter diesen Vorzeichen gehen wird bzw. geraten sollte:

„Viel wichtiger bleibt demgegenüber die Stellungnahme unseres eigenen Volkes [zu unserer Kulturpolitik]. Denn seine Anteilnahme oder Ablehnung ist die allein für uns als gültig anzusehende Beurteilung der Richtigkeit unseres kulturellen Schaffens. Und ich will dabei einen Unterschied machen zwischen dem Volk, das heißt der gesunden blutvollen und volkstreuen Masse der Deutschen, und einer unzuverlässigen, weil nur bedingt blutgebundenen dekadenten sogenannten ‚Gesellschaft‘. Sie wird manchesmal gedankenlos als ‚Oberschicht‘ bezeichnet, während sie in Wirklichkeit nur das Auswurfprodukt einer blutmäßig und

1 Thomas Mann, Rede auf dem Deutschen Tag in New York 1938, in: Hans Bürgin (Hrsg.), Thomas Mann. Werke. Das essayistische Werk, Band 6, Frankfurt am Main 1968, S. 49.

gedanklich kosmopolitisch infizierten und damit haltlos gewordenen gesellschaftlichen Fehlzüchtung ist.“²

Dieser kurze Ausschnitt aus einer Rede Adolf Hitlers auf der Kulturtagung des Parteitags der NSDAP in Nürnberg am 6. September 1938 lässt keinen Zweifel daran, welche Form die Kulturpolitik im Nationalsozialismus haben sollte. In diesem Artikel nicht wiedergegebene rassistische und antisemitische Auswürfe werden durch eine Form nationalsozialistischer Klassenpolitik ergänzt, die sich bezeichnenderweise jener von Thomas Mann anvisierten Problematik ex negativo widmet. Entlang der von Arnold Gehlen (der zeitgleich nach Königsberg als Professor für Philosophie berufen wurde) etablierten Zuchtbegrifflichkeit wird ein zusätzlicher Schnitt durch die Bevölkerung gemacht, eine neue Grenze zwischen Gut und Böse errichtet, die in der Hermetik der rassistischen Zuchtmetaphorik unüberwindlich erscheint. Nicht näher bestimmtes „gesundes Volksempfinden“ wird einer sinngemäß als „genetisch dekadent“ diffamierten Bildungsschicht gegenübergestellt. Über Kultur „wahr sprechen“ können in diesem deterministisch-rechtsheglianischen Weltbild nur mehr diejenigen, die sich letztlich einer argumentierbaren Meinung enthalten und folglich nicht mehr beurteilen, sondern nur mehr „empfinden“ können, was im Sinne des Regimes als „volkstreu“, „gut“ und „schön“ wahrzunehmen ist. Selbstverständlich führt der Nationalsozialismus keinen Katalog, anhand dessen erkenntlich wäre, was denn nun unter „gesund“, „schön“, „blutvoll“ etc. präzise zu verstehen wäre. Dem „Volksempfinden“ wird keine andere Anleitung beigegeben, als die Orientierung am Urteil „der anderen“. Nationalsozialistische Kulturpolitik bedeutet also, einen noch leeren Raum für die experimentelle Entwicklung und Ausgestaltung von mythologisch aufgeladener Attribute, wie z.B. „gesund“, „blutvoll“, „volkstreu“ etc. zu öffnen und diesen von nicht ebenfalls mythologisierten Gegenpositionen oder „Feinden“ abzugrenzen, denen das „gesunde Volksempfinden“ aberkannt wird – hier zusammengefasst in der verunglimpfenden Rede über die „Fehlzüchtung“ des „kosmopolitisch infizierten“ Bildungsbürgertums. Dieser definitorische Mangel auf der einen Seite, begleitet vom Determinismus hinsichtlich des „bösen anderen“ auf der anderen Seite, schafft eine für den Nationalsozialismus typische Atmosphäre der Radikalisierung von regimetreuen Einstellungen, Handlungsbereitschaften und Praktiken, die wiederum vom Regime selbst propagandistisch, politisch sowie organisatorisch genutzt wurde, um eine Politik der mythologisch umgrenzten Leerstellen vorantreiben zu können – Kulturpolitik als Teufelskreis.

Das ist der konkrete Kontext in dem sich folgende Seiten der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer seit 1820 zu Emden (die „Kunst“) als Akteurin und Protagonistin der Kulturpolitik des nationalsozialistischen Unrechts-Regimes widmen werden und Einblick geben wollen in die Positionierungen, Handlungsoptionen und die tatsächlichen Entscheidungsmuster einer bürgerlichen Gesellschaft, die sich ab dem 30. Januar 1933 in präzise jenem Zwiespalt wiederfand, den der neue politische Rahmen bewusst auftrat. Im Zentrum des Interesses steht daher eine mehrfache Positionierungsfrage: Sollte die „Kunst“

2 Dokument 11, 06.09.1938, „Scharfe Absage an Kulturpolitische Verirrungen“. Rede auf der Kulturtagung des Parteitags der NSDAP in Nürnberg, DRA-B004893013; Völkischer Beobachter vom 08.09.1938, in: Robert Eikmeyer (Hrsg.), Adolf Hitler. Reden zur Kunst- und Kulturpolitik 1933-1939, Frankfurt am Main 2004, S. 191-192.

eine Gesellschaft der gebildeten „Oberschicht“ sein oder ein „volksverbundener“ Heimatverein und wenn der Begriff der Heimat diskutiert wurde, wer beistimmte, wie dieser zu deuten und mit Inhalten auszukleiden sei? Woher kamen die zentralen Begriffe und Inhalte mit denen sich die „Kunst“ in der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen hatte? Gab es präzise Vorgaben des Regimes oder hat es bereits Vorstufen eines perspektivischen Wandels zu einem „Heimatverein“ auf lokaler Ebene gegeben, die bloß weiter entwickelt werden mussten? Und letztlich, wie bewusst affirmierte die „Kunst“ die ideologische Wende der Zeit?

Dass sich die „Kunst“ dieser Problematik bald stellen musste, beschreibt Bernd Kappelhoff mit Fokus auf die Sammlungsgeschichte und Konflikte um die Neugestaltung des Landesmuseums anhand der im Niedersächsischen Landesarchiv aufgefundenen Akten des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur und der hauseigenen Registratur des Landesmuseums vor allem im zweiten Teil seiner zwischen 2016 und 2018 veröffentlichten Artikelserie im Emdener Jahrbuch.³ Dabei lag, wie im genannten Beitrag auch angemerkt, der Fokus auf zwei Überlieferungssträngen: dem administrativen Strang entlang der ministeriellen Aktenführung in Hannover sowie der Hauspolitik des Museums hinsichtlich der Umgestaltung der Sammlung und der Formierung als Landesmuseum.⁴ Aus dieser Quellenperspektive ergab sich ein spezifisches Bild auf die Frage nach der sogenannten „Gleichschaltung“ der „Kunst“ im nationalsozialistischen Kulturbetrieb, die hier um die vorangestellten Fragen nach der Selbstpositionierung, der Vernetzung, den Entscheidungsspielräumen und Handlungsmustern einer bürgerlichen Gesellschaft im fatalen politischen Experimentalraum der NS-Diktatur und dem größeren ideengeschichtlichen Kontext derselben ergänzt werden soll. Viele der Konflikte um die Sammlungspolitik und Museumsgestaltung hatten weniger mit der zeitgenössisch veränderten kulturpolitischen Lage oder der NS-Ideologie, doch vielmehr mit überlieferten vielfach auch persönlichen Auseinandersetzungen zu tun, welche jedoch ab 1933 auf eine neue Ebene projiziert und unter Teilnahme neuer Akteure verstärkt wurden.

Die Überlieferung im Archiv der „Kunst“

Ideologische Positionierungen und das Funktionieren oder nicht Funktionieren in einem neuen politischen System können umso präziser verfolgt werden, je weniger „gefiltert“ eine Innenperspektive jenseits ministerieller Ordnungspolitik oder organisatorischer sowie persönlicher Konfliktlagen zur Analyse vorliegt. Es bedarf also wohl der Betrachtung eines weiteren Überlieferungsstrangs, der Einblick in das „Innenleben“ der Kunst erlauben würde, um diese Fragen besprechen zu können. Gerade, wenn der selbst schon mit Überlagerungen und vielfachen Deutungsebenen einhergehende Begriff der Ideologie im Fokus der historischen

3 Es handelt sich hierbei um den Bestand Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Hannover (im Folgenden: NLA HA) Nds. 401, Acc. 2015/69; Bernd Kappelhoff, Die Auseinandersetzungen um die konzeptionelle Neugestaltung des Museums der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden ab 1927/28 und der Kampf um ihre Gleichschaltung im NS-Staat - Teil 2, in: Emdener Jahrbuch für historische Landeskunde Ostfrieslands 97, 2017, S. 149-226, hier vor allem S. 176-179.

4 Ebenda, S. 150.

Analyse steht, erscheint es wichtig, nicht aus allgemeinen Lagebestimmungen bloß auf das Konkrete zu schließen und dabei Gefahr zu laufen, die subtilen Variationen des politischen oder vielleicht auch bewusst versucht „nicht politischen“ Handelns auf Ebene der lokalen Akteure kaum mehr wahrnehmen zu können.

Zwischen den erwähnten beiden perspektivischen Polen, der administrativen Ordnungsmacht ministerieller Akten und der lokalen Registratur rund um die Organisation eines Landesmuseums, finden sich als großer Quellenkorpus zur Geschichte der „Kunst“ die fast vollumfänglich erhaltenen eigenen Korrespondenzakten.⁵ Nebst der Tatsache, dass die Korrespondenz der „Kunst“ für die Zeit des Nationalsozialismus so gut wie vollständig erhalten ist, spiegelt gerade diese Quellengattung die zeitgenössische Wirklichkeit der im Wandel befindlichen bürgerlichen Vereinigung am unmittelbarsten wieder. Sie zeigt den Kontakt mit der Welt und der Welt mit der „Kunst“, zum Teil auch Konzepte und statistische Erhebungen in Vorbereitung eines Vorgangs sowie konkrete Kommunikation und Strukturen der Vernetzung in der Umbruchszeit und danach durchgehend bis zum Ende des Regimes. Nicht nur erlaubt dies, Haltungen, Präferenzen und Perspektiven auf konkrete Probleme des Alltags einer Kulturinstitution im Nationalsozialismus wiederzugeben, sondern es ist ob der ohne Kassationen eins zu eins archivierten Korrespondenz-Registratur auch deutlich sichtbar, welche Formen der Propaganda, möglicher direkter und indirekter Beeinflussungen oder gar politischen Drucks tatsächlich bei der Kunst – im doppelten Sinne – „angekommen“ sind und teilweise, wie diese aufgenommen, beantwortet, ignoriert oder auch weiterverteilt bzw. in die eigene Haltung integriert wurden. So ermöglicht dieser Zugang, aus der Unmittelbarkeit des Schriftverkehrs die Taktiken der Kunst im kulturpolitischen Umfeld der Zeit beobachten zu können. Leider ist die innere historische Ordnung dieser Korrespondenzakten nicht so konsistent, wie dies die meist noch vorhandenen vergilbten alphabetischen Soennecken A-Z Register in halber Höhe DIN A4 vermuten ließen, denn nach welchem Prinzip die Korrespondenzstücke in das Register alphabetisch eingeordnet wurden, ändert sich innerhalb eines Faszikels oft mehrmals. Beispielsweise befindet sich in dem Faszikel, welches die Korrespondenz des Jahres 1935 enthält, unter „ST“ sowohl der Begriff „STaatsarchiv“, die Ortsbezeichnung „STockholm“, wie auch der Name „STölting“ gewissermaßen jeweils für sich „korrekt“ einsortiert. Würde jedoch der Wunsch bestehen, im selben Jahr Korrespondenz mit dem späteren Oberbürgermeister von Emden, Carl Heinrich Renken, finden zu wollen, so ist diese nicht unter „R“ wie Renken, sondern unter „W“ wie Wilhelmshaven einsortiert, wo jener zu der Zeit noch dasselbe Amt bekleidet hatte. Ob des Umfangs, aber auch der „Ordnung“ der Ablage ist es hier jedoch bloß möglich im Sinne eines Werkstattberichts aus dem Forschungsalltag des Historikers entlang mehrerer

5 Es handelt sich dabei um eine wohl durchgehend vom 19. Jahrhundert bis in die jüngere Vergangenheit fortgesetzte Registraturablage unter dem Prefix „Kor“ im Ostfriesischen Landesmuseum Emden – Archiv der „Kunst“ (im Folgenden: OLME-AK). Für die Zeit des Nationalsozialismus sind die Faszikel (=Kartons) Kor. 28 bis Kor. 36 relevant, die jeweils zwischen 350 und etwas über 1.000 Korrespondenzseiten enthalten. In Summe – also die Faszikel betreffend, welche die Jahre 1933 bis 1945 wiedergeben – handelt es sich um ca. 5.500 Seiten, die 1:1 den Ein- und Ausgang der „Kunst“ von relativ belanglosen Postkarten über kurze Notizen, Abholscheine für Einschreiben bis hin zu seitenlangen Berichtsschreiben oder statistischen Vorarbeiten für die Anfertigung von Schriftstücken abbilden.

Kulminationspunkte von Ideologie und Kulturpolitik exemplifizierend vorzugehen, um so von den ersten Erfahrungen der „Kunst“ mit dem NS-Regime zu berichten sowie die Zeit der Entwicklung und Verankerung des mit rassistischer Grunddisposition aufgeladenen Prinzips des „völkischen Heimatschutzes“ rund um die Verabschiedung der Nürnberger Gesetze 1935 und die „Fusion“ mit dem System zwischen 1937 und 1938 herauszustellen.

Erstkontakt mit den Extremen der neuen Ideologie

Was der Nationalsozialismus einer Gesellschaft wie der „Kunst“ ganz praktisch abverlangte, sollte sich alsbald zeigen und spiegelt sich in der Anfrage eines gewissen Erich Suchsland vom 14. März 1933 trefflich wider:

„Sehr geehrte Herren! Ich darf sie ergebenst um Auskunft und Beratung bitten in einer Angelegenheit, die, wie ich vermute, mit Zielen Ihrer Gesellschaft in Einklang steht. Ich habe mich mit einer Angehörigen des ostfriesischen Geschlechts Schomerus, Frä. Margarethe Schomerus aus Oldenburg, verlobt. Da ich im Rasseamt des Reichsführers der Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Partei tätig bin, und wir hier besonders stark an der Verbindung von ‚Blut und Boden‘ arbeiten, an der Wiederverwurzelung der verstädternden Geschlechter im Bauerntum, das der Lebensquell unseres Volkes war, ist und bleiben muß, so möchte ich diesem Streben auch dadurch Ausdruck verleihen, daß meine Braut und künftige Frau bei allen wichtigen Anlässen, besonders Familienfeiern, die Tracht der Bauern ihrer Heimat trägt. Zum ersten Male soll dies bei der Hochzeit der Fall sein. [...] Wir sind uns ganz darüber klar, daß unser Vorhaben etwas revolutionär ist, aber auch darüber, daß es an sich völlig in der Linie der Wiederaufbauarbeit liegt, die unser Führer Adolf Hitler vorhat [...] Das Neue kann nicht bestehen, wenn es nicht an das bewährte Alte der Vorfahren anknüpft. Die Tracht soll in der Familie der Stärkung der Überlieferung dienen. Und ich glaube, daß wir nicht die einzigen sein werden, die so handeln.“⁶

Im weiteren Verlauf des Briefes bittet Suchsland um ganz praktische Hilfe in der Beschaffung einer Tracht bzw. eines Schnittmusters dafür. Das Museum wird in letzter Konsequenz bloß als Fundus des absurden Theaters der NS-Ideologie betrachtet. Dazu ist noch zu erwähnen, dass Erich Suchsland in der Gründungszeit des so genannten „Rassenamts“ Stabschef und „Referent für das Sippenbuch“ der SS war. Diese vom SS-Funktionär und Reichsernährungsminister Richard Walther Darré persönlich zusammengestellte „handverlesene“ Einheit sollte die Aufgabe haben, die „rassische Auswahl“ der SS-Mitglieder zu strukturieren und zu kontrollieren.⁷ Es handelt sich hierbei also um einen Vertreter des ideologischen Kerns der rassistischsten, gewalttätigsten und menschenfeindlichsten Terror-Organisation, die diese Welt wohl je zu sehen bekommen sollte. Wir können der Überlieferung dieser privat geäußerten „etwas revolutionären“ Bitte nach einer Tracht bzw. deren Schnittmuster für die Dame des Hauses jedoch nur dankbar

6 Anfrage von Erich Suchsland, Kgl. Preuß. Hauptmann a.D., 14.03.1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 397- 398.

7 Siehe dazu: Bastian Hein, *Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945*, München 2012, S. 116-122.

sein, denn Suchslands Text enthält in seinen Aussagen sämtlichen hetzerischen Wahnsinn, der nicht nur die Kulturpolitik des kommenden Jahrzehnts ausmachen sollte, sondern klärt uns von Beginn an darüber auf, dass es dabei, wie die Ideologisierung der Kulturlandschaft voranschritt, in deren Kontext die „Kunst“ die kommenden Jahre agieren sollte, um die zentrale Frage ging, wie es mit der Kultur überhaupt weitergehen sollte. Letztlich ist es auch fraglich, ob dieser Begriff – die Kultur – für das, was bis 1945 vonstatten gehen sollte überhaupt angebracht ist. Die Quellen zeigen jedoch, dass dies den handelnden Persönlichkeiten nur sehr langsam und wohl generell zu spät deutlich wurde, um sich dem Regime zu entziehen. Die Vermutung des SS-Schergen, dass er und seine Verlobte nicht die einzigen seien, die so handeln würden, sollte sich im Dunkel der Geschichte der kommenden Jahre auf mehr als nur dieser Ebene bewahrheiten. Eine Antwort oder sonstige Reaktionen auf dieses Schreiben sind unglücklicherweise nicht überliefert.

Die „Kunst“ als Heimatverein?

Auf anderer Ebene hatte sich die Frage nach einer neuen Rolle der „Kunst“ als Kulturverein oder Heimatverein bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gestellt, jedoch nicht im Sinne einer „Wiederverwurzelung“ und eines umfassend ideologisierten Heimatbegriffs, sondern ganz pragmatisch. Nach dem Schrecken des Ersten Weltkriegs entwickelte sich in Ostfriesland ein Heimatbegriff, der sich auf eine nationenübergreifende gesamtfriesische Identität berief und fand seinen Niederschlag unter anderem in der Gründung des „Bundes Ostfriesischer Heimatvereine“.⁸ Ein einzelnes Gründungsdokument dieses Bundes ist nicht überliefert, jedoch die Protokolle zu den Diskussionen um eine Satzung desselben zwischen den Jahren 1929 und 1932. Zu den Gründungsvereinen gehörten „die Heimatvereine zu Aurich, Borkum, Norderney, der Heimatverein ‚Rheiderland‘ zu Weener, der Verein für Heimatkunde Oldenburg, die Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer und die Naturforschende Gesellschaft Museum zu Emden“.⁹ Inhaltlich war in dem eben zitierten und durchwegs recht trocken und schmucklos formulierten Satzungsentwurf des „Bundes“ der Heimatbegriff kaum bis gar nicht definiert. Einzig unter den Aufnahmekriterien wurden Vereine, die sich bloß „Zusammenkünfte[n] und Feiern“ widmen wollten,¹⁰ von der Aufnahme ausgenommen und eine „ernste [...] Arbeit um die Heimatkunde und das Volkstum“ vorgeschrieben.¹¹ Bereits in diesem Entwurf offenbart sich jedoch dasjenige, was ex post vielleicht als der eigentlich zu veranschlagende und ganz praktische Zweck dieses „Bundes“ gewesen sein dürfte, im vorletzten Paragraphen:

8 In diesem Zusammenhang ist vor allem die von Peter Hermann Zylmann in den 1920er Jahren gegründete gesamtfriesische Bewegung zu erwähnen, zu der auch jener Bund der Ostfriesischen Heimatvereine zu zählen ist. Vgl. dazu Detert Z y l m a n n , Geschichte einer deutschen Familie. Aus den Tagebüchern meines Großvaters, Hamburg 2016, S. 55-60.

9 Satzungsentwurf des „Bundes ostfriesischer Heimatvereine E.V.“, 23.08.1029, OLME-AK, Kor. 25, §1.

10 Ebenda, §11.

11 Ebenda.

„Die Sammeltätigkeit der einzelnen Vereine bleibt auf ihren geographischen Heimatkreis beschränkt. Eine evtl. Ausnahme hiervon ist in jedem Einzelfalle auf der Bundestagung zu beantragen. Es können dann mit Einverständnis des in Frage kommenden Heimatvereins Ausnahmen zugelassen werden.“¹² Es ging also darum, sich das ostfriesische Territorium sammlungstechnisch aufzuteilen. Dieser Satzungsentwurf mit der strengen Formulierung einer Gebietsaufteilung für die Vereinstätigkeit war für die „Kunst“, die den Umfang ihrer Sammlungstätigkeit selbstverständlich in ganz Ostfriesland verortet sah, wohl nicht akzeptabel und so dürfte dieser Paragraph gestrichen worden sein. Zumindest würde dies erklären, warum folgender Wunsch im Protokoll der Bundestagung vom Februar 1930 enthalten ist: „Leer wünscht nach Vorbild von § 13 der alten Satzungen einen Passus, wonach jeder Verein auf seinen politischen Kreis beschränkt bleibt und ein anderer Verein in seinem Gebiet nur mit (dessen) seiner vorherigen Zustimmung arbeiten (graben) dürfe.“¹³ Dieser Bitte schlossen sich andere Vereine nachdrücklich an. Von „wilde[r] Ausbeutung“ ist da in Richtung der „Kunst“ die Rede.¹⁴ Die „Kunst“ sowie auch die Naturforschende Gesellschaft schienen dieser Problematik mit einer „Zusicherung auf eine loyale Behandlung derartiger Fälle von Dr. Barghoorn“¹⁵ nicht sehr erfolgreich begegnet zu sein. Vor allem die vorgeschichtlichen Bodenfunde waren ein massiver Streitgrund. Man blieb sich jedoch uneinig. Knapp vor der Machtergreifung, im Dezember 1932, wurden die Vorstände der Mitgliedsvereine zu einer Aussprache geladen. Ob der wohl allzu lebhaften Diskussion der o.a. Problematik wurde im Einladungsschreiben um folgendes gebeten: „Unannehmlichkeiten gelegentlich der letzten Tagungen veranlassen mich zu bitten, dass nur die Vorstände der einzelnen Vereine kommen.“¹⁶ Die Ausgangslage im neuen Regime war also ein schwelender Konflikt um das Sammlungsterritorium Ostfriesland, in dem die „Kunst“ recht uneinsichtig die Rolle des ungeliebten dominanten Akteurs einnahm und wohl über ein Jahrzehnt – wie es scheint, dürfte der Bund 1921 gegründet worden sein – eine Einigung verhindert hatte.¹⁷ Als Heimatverein schien die „Kunst“ also nur zu agieren, wenn es um die Wahrung ihrer Sammlungsinteressen ging und um zu verhindern, dass die anderen Vereine Ostfrieslands, die sich als Heimatvereine verstanden wissen wollten, sich ohne Einfluss Emdens zu Ungunsten der „Kunst“ selbst organisieren würden. Bis 1933 scheint der Heimatbegriff für die „Kunst“ ein pragmatisches Mittel zum Erhalt von Macht und Stellung in Ostfriesland bzw. ganz praktisch der Durchsetzung des Zugriffsrechts auf Bodenfunde auf der ganzen ostfriesischen Halbinsel zu sein.

Dieser Konflikt sowie die unausgewogene Position der „Kunst“ als Akteurin in diesem zogen sich weit in das Jahr 1933 und so war es nicht nur notwendig, sich mit der gegenwärtigen Rolle als Kulturverein in der gerade ein paar Monate

12 Ebenda, § 13.

13 Protokoll der Bundestagung des „Bundes der ostfriesischen Heimatvereine“, 15.02.1930, OLME-AK, Kor. 26, S. I.

14 Ebenda, S. II.

15 Ebenda, S. I.

16 Einladungsschreiben des „Bundes der ostfriesischen Heimatvereine“ an die „Kunst“, 02.12.1932, OLME-AK, Kor. 27.

17 Siehe dazu den Antrag im Protokoll der Bundestagung des „Bundes der ostfriesischen Heimatvereine“, 15.02.1930, OLME-AK, Kor. 26, S. I.

alten nationalsozialistischen Diktatur auseinanderzusetzen, sondern sich zusätzlich dieses anderen, selbstproduzierten Problems zu stellen. Auch, wenn es Uneinigkeit auf vielen Ebenen gab, war die „Kunst“ dennoch Mitglied des Bundes der ostfriesischen Heimatvereine und somit zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen verpflichtet, was hinsichtlich einer im Archiv der „Kunst“ erhaltenen energisch formulierten vierten Mahnung wohl nicht stets so pflichtgemäß zu erledigen gedacht wurde: „Es ist mir unverständlich, dass eine Gesellschaft, die bei jeder Gelegenheit mit so besonderem Nachdruck auf ihre besondere Stellung und ihre alte Tradition hinweist, es nicht für nötig befindet, die einfachsten Pflichten der Höflichkeit und ihre Verpflichtungen zu erfüllen.“¹⁸ Nun ließe sich die Schärfe dieser Formulierung vielleicht auf das erhöhte Stressniveau einer Umbruchszeit zurückführen. Der pointierte Hinweis auf eine Asymmetrie zwischen der Selbst- und Fremdwahrnehmung der „Kunst“ auch im Kreise der ganz und gar nicht am Nationalsozialismus orientierten gesamtfriesischen Heimatbewegung Ostfrieslands, verdeutlicht jedoch, dass auch die Strukturen, die einer NS-Kulturpolitik entgegenstanden oder entgegenstehen hätten können, wohl alles andere als eine Solidargemeinschaft waren – keine guten Voraussetzungen, um kommende Konflikte zu überstehen.

Betrachtet man die Ergebnisse der Bundestagung der Heimatvereine vom 19. Februar des Jahres 1933, so wird auch klar, wie gedacht wurde, sich den politischen Herausforderungen zu stellen, denn etwas über zwei Wochen nach der Machtergreifung wurde ein Antrag, dem damals bereits völkisch-nationalistischen Niedersächsischen Ausschuss für Heimatschutz, beizutreten, lapidar mit einem Satz abgelehnt.¹⁹ Man dachte, sich nicht beteiligen zu müssen, oder sich vielleicht sogar in Ostfriesland der größeren Problematik enthalten zu können. Das Bild, das dieser und andere Vorgänge sowie die Vorgeschichte des Bundes zeichnen ist das einer zersplitterten Kulturlandschaft, in der es mindestens genauso viel Trennendes, wie Gemeinsames gab, jedoch kaum eine einheitliche Linie gefunden werden konnte. Etwa sechs Monate später wurde eine deutlich ausführlichere Lagebestimmung nötig, denn mit dem recht bald verabschiedeten Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933 stand dem Grüppchen heterogener Heimat- und Kulturvereine das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Person von Joseph Goebbels höchstpersönlich gegenüber. Jener Reichsminister wurde mit diesem Gesetz ermächtigt, „die Angehörigen der Tätigkeitszweige, die seinen Aufgabenkreis betreffen, in Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammenzufassen.“²⁰ Dies bedeutete die Errichtung von Kammern für jeden Kulturbereich, die „sich innerhalb der Richtlinien zu halten [hatten], die für den berufsständischen Aufbau der Reichsregierung beschlossen werden.“²¹ Diese kulturpolitische Haupt- und Staatsaktion war jedoch kaum eine Überraschung für die

18 Vierte Mahnung des Bundes der Ostfriesischen Heimatvereine an die Kunst, 24.10.1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 61. Im Verlauf des erhaltenen Vorgangs zu dieser Mahnung gab die „Kunst“ übrigens nicht sofort klein bei, sondern verzögerte die Zahlung weiter, beschwichtigte jedoch mit freundlichen Worten, bis die Zahlung wohl mit enormer Verzögerung vorgenommen wurde.

19 Protokoll der Bundestagung des Bundes Ostfriesischer Heimatvereine, 19.02.1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 75.

20 Deutsches Reichsgesetzblatt, Teil I: 1867-1945, 1933, S. 661, §1.

21 Ebenda, §4.

ostfriesischen Kultur-, Kunst- und Heimatvereine. Bereits im Sommer des Jahres organisierte die NSDAP mittels einer Kette von Vollmachten, die ihren Ursprung in der Reichskanzlei hatten, den gesamten Kulturbereich so, dass sie damit das Vereinswesen unter ihre Kontrolle bekommen konnte. Dies hatte nebenbei nicht nur kulturpolitische und propagandistische Hintergründe, sondern auch staatspolizeiliche, denn vielerorts zogen sich die Vertreter ehemaliger liberaler, bürgerlicher und christlich-konservativer politischer Parteien und Organisationen in lokale Heimatvereine zurück, um sich dort offiziell bloß noch der Kulturarbeit zu widmen.²² Das Reichssicherheitshauptamt bzw. dessen gerade neu geschaffene Abteilung des Geheimen Staatspolizeiamts (die spätere GESTAPO) hatten folglich ein nicht minder entwickeltes Interesse, die Heimatvereine zu beobachten und unter Kontrolle zu halten.²³

Gleichschaltung auf dem Verordnungsweg

So traf bereits Anfang September 1933 ein unmissverständlicher Brief vom Reichsausschuss der deutschen Kunstvereine bei der „Kunst“ in Emden ein und verkündete in mehr als klaren Worten, dass es der neuen Regierung um nichts Geringeres ging, als um die „Gleichschaltung“ des Vereinswesens:

„An die deutschen Kunstvereine! Der kommissarische Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst, Herr Professor Max Kutschmann, ist durch Vollmacht des Verbindungsstabes der NSDAP vom 19. Juni 1933 und im Einvernehmen mit dem Amt für ständischen Aufbau der NSDAP bevollmächtigt worden, im Rahmen des ständischen Aufbaues die Gleichschaltung der deutschen Künstler- und Kunstvereine herbeizuführen. Nachdem durch Weisung des Führers die Organisationen der Künstlerschaft und der Kunstpflege dem Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unterstellt worden sind, hat Herr Dr. Goebbels die Vollmacht des Verbindungsstabes ausdrücklich bestätigt und angeordnet, dass die Künstler- und Kunstvereine in dem von Professor Kutschmann geführten Reichskartell der bildenden Künste zusammengeschlossen sind.“²⁴

Nicht nur wurde die unmittelbare Befehlskette dieser Durchführungsverordnung sehr klar wiedergegeben, sondern der angekündigte Zusammenschluss auch prompt als bereits anzunehmender gegenwärtiger Sachverhalt dargestellt. Nebenbei sei noch auf das Datum des Schreibens verwiesen, welches deutlich macht, dass eine gesetzliche Grundlage für das Handeln einer ad hoc neu erfundenen Reichsbehörde nicht gegeben sein musste. Diese wurde, wie oben zitiertes Reichsgesetzblatt bzw. dessen Ausfertigungsdatum zeigt, einfach ex post

22 Eine Möglichkeit, die Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie oder der kommunistischen Partei nicht hatten, denn abgesehen davon, dass diese bereits den Repressionen des NS-Terrors direkt ausgesetzt waren, wurden deren Vereine ausnahmslos aufgelöst und enteignet.

23 Diesen Sachverhalt stellte Frank Bösch hervorragend in seinem Beitrag zur bürgerlichen Vereinswelt der Zwischenkriegszeit mit besonderem Augenmerk auf das nördliche Niedersachsen dar. Siehe dazu: Frank Bösch, *Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus*, in: Wolfgang Hartwig (Hrsg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, Göttingen 2005, S. 151-182.

24 Reichsausschuss der deutschen Kunstvereine an die „Kunst“, 04.09.1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 167.

geschaffen. Der zweite wesentliche Inhalt dieses Briefes betrifft das Prozedere, bei welchem den Vereinen, nachdem ihnen klar gemacht wurde, wo sie nun mit wem mitzuspielen hätten, wiederum scheinbar ein Schritt entgegen gekommen wurde, um sie jedoch zugleich zu vereinnahmen: „Die dem Reichsausschuss der deutschen Kunstvereine angehörenden Führer deutscher Kunstvereine rufen die Vorstände der deutschen Kunstvereine auf, sich beim Reichsausschuss zu melden, damit der Reichsausschuss in der Lage ist, in den kommenden Verhandlungen mit dem Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, über die Errichtung der Reichskammer der bildenden Künste die deutschen Kunstvereine und ihre Interessen zu vertreten.“²⁵ So wurden die Vereinsvorsitzenden zu „kleinen Führern“ erklärt, die ungefragt ihre Vorstände in die Arme des verordneten Reichsausschusses zu treiben hätten, und dies mit dem in diesem Zusammenhang schon als perfide zu attribuierenden Argument der Interessensvertretung. Interessant ist, dass dieser Brief mit einer handschriftlichen Anmerkung versehen ist, die den Namen und die Funktionen des zuständigen Reichsministers Goebbels nochmals nennt und hervorhebt, als ob es sich um eine noch nicht bekannte politische Person handeln würde. Auch wurde ohne weiteren Kommentar vermerkt, wie viele Personen dies betreffen würde: „150 Emdr Mitgl., 250 Kunst“²⁶ Eine direkte Antwort oder Reaktion seitens der „Kunst“ blieb vorerst aus. Das Thema machte jedoch im weiteren Kreis der angesprochenen Vereine bereits den ganzen Sommer über die Runde, und so findet sich im Protokoll der Tagung des Bundes der ostfriesischen Heimatvereine vom 15. Juli 1933 ein direkter Hinweis und Versuch, sich mit dem Thema „Gleichschaltung“ auseinanderzusetzen:

„Die allgemeine Frage der Gegenwart, die Frage der Gleichschaltung, wird von Herrn Rektor Sanders aufgeworfen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine Gleichschaltung wohl kaum in Frage komme, denn die Heimatvereine stehen zur Heimat und zum Vaterlande. Irgendwelche Bestrebungen gegen die neue Regierung bestehen nicht. Vertreter des marxistischen Systems und der materialistischen Weltanschauung dürften sich auch wohl kaum der ideellen Arbeit der Heimatbewegung gewidmet haben. Gerade den Heimatvereinen könne man durch einen Wechsel in der Leitung leicht schaden, denn es seien nur wenige, die sich mit allem Eifer für die Heimatbewegung einsetzen und es sei damit der heimatlichen Sache nicht gedient, daß an Stelle einer bewährten Persönlichkeit ein Nationalsozialist gesetzt würde, der vielleicht der Heimatbewegung nicht viel Interesse entgegenbringen könne. Sollten allerdings in den Heimatvereinen Personen sein, die politisch unzuverlässig seien, so wären diese heute nicht mehr tragbar und müßten zurücktreten.“²⁷

Was hier sehr deutlich wird, ist der Versuch, die „Heimatbewegung“ als per se politisch zuverlässig im Sinne des Systems hervorzukehren und sich im vorausweisenden Gehorsam in diesem Sinne zu beweisen, indem „unzuverlässige“ Personen sogleich ausgeschieden werden, bevor noch irgendjemand danach fragen würde. Es ist der, wie sich herausstellen sollte, missglückte Versuch eines politischen „Kuhhandels“, im Rahmen dessen die Einen entfernt werden sollten,

25 Ebenda, S. 169-170.

26 Ebenda, S. 167.

27 Protokoll der Tagung des Bundes der ostfriesischen Heimatvereine am 15.07.1933 in Aurich, Brems Garten, S. 4, OLME-AK, Kor. 28, S. 68.

man sich aber zugleich vor den Anderen und somit der Gefahr politisch motivierter Umbesetzungen in den Vereinen absichern wollte. Dieser erste Schritt auf das Regime zu war jedoch bereits ein Anzeichen dafür, was Frank Bösch symptomatisch als „Selbstmobilisierung für den neuen Staat“²⁸ bezeichnet hatte, denn ein Zurück gab es nicht mehr. Sieht man beispielsweise in das Programm der Wintervorträge der Naturforschenden Gesellschaft zu Emden vom Oktober 1933, so wird deutlich, dass diese Selbstmobilisierung sich bereits auf inhaltlicher Ebene unverkennbar zeigt: „23. Oktober: Nervenarzt Dr. med. Barghoorn: Das Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses. 30. Oktober: Studienrat Rahlfs: Zur Einführung in die Vererbung. 6. November: Studiendirektor Dr. phil. Zahrenhusen: Die Urheimat der Indogermanischen Völker. [...] 27. November: Dr. phil. Fastenau: Deutsches Volkstum und deutsche Kunst. 4. Dezember: Rektor Rux: Boden und Mensch. [...]“²⁹ Das Auftauchen Jan Fastenaus in der Liste, der im Sommer des Jahres entlassene hauptamtliche Leiter des späteren Landesmuseums, ist interessant, jedoch nicht unerwartet.³⁰ Zwischen Ansätzen für Euthanasie, rassistischer Vererbungslehre und mythologisierenden Geschichtsauffassungen vom Typus „Blut-und-Boden“ wird hier also die deutsche Kunst mit dem nationalsozialistischen Volkstumsbegriff vermählt. Von Woche zu Woche und Monat zu Monat werden die Worte stets deutlicher und es ist bald nicht mehr zu unterscheiden, was verordnete Sprache ist und was unter die Kategorie „Selbstmobilisierung“ fällt. Das Ostfriesische Geschlechterbuch, eigentlich als genealogisches Handbuch entworfen, wird unverhohlen als Instrument der NS-„Sippenforschung“ beworben: „Auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Sippenforschung hinzuweisen ist heute wohl kaum noch erforderlich. Rassenkunde und Erbgesundheitspflege gehören zu den vordringlichsten Fragen und Aufgaben, mit denen wir uns heute beschäftigen.“³¹ Auch setzte der „Kampfbund für deutsche Kultur“ deutliche Zeichen und lud ebenfalls im Sommer des Jahres den Vorstand der „Kunst“ „im engeren Kreise“ zu einer Sitzung im Zentralhotel ein, in der „über Rassenkunde, Vererbungslehre und Familienforschung“³² gesprochen werden sollte. Hintergrund dessen war die Agenda, den Vorstand der „Kunst“, wie Bernd Kappelhoff bereits präzise ausführte,³³ neu zu besetzen und sich des Positivisten Friedrich Ritter sowie des politisch als Vertreter der national-liberalen Partei unzuverlässig geltenden Arend Hoppes zu entledigen. Im August 1933 war diese Strategie schließlich von Erfolg gekrönt. Ein Brief des pensionierten Superintendenten Wiard Lüpkes an Arend Hoppe macht die resignative Haltung deutlich, die sich aufgrund der losgetretenen Dynamik bei denjenigen bildete, die das neue System nicht affirmierten:

„Vielen Dank für Ihre gütige persönliche Nachricht über die Gleichschaltung der Kunst, infolge deren Sie als Vorsitzender und Professor Dr. Ritter

28 Bösch, *Militante Geselligkeit*, S. 176.

29 Programm der Wintervorträge der Naturforschenden Gesellschaft zu Emden im Oktober 1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 119.

30 Den Konflikt um Jan Fastenau beschreibt Bernd Kappelhoff erschöpfend vor allem im zweiten Teil seiner Sammlungsgeschichte der Kunst: Kappelhoff, Teil 2.

31 Ankündigung des Ostfriesischen Geschlechterbuches in Bearbeitung von Dr. Gerhard Ohling, OLME-AK, Kor. 28 S. 175.

32 Einladung von Dr. G. Holste an den Vorstand der Kunst, 21.08.1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 197.

33 Vgl. Kappelhoff, Teil 2, hier S.187-191.

als stellvertr. Vorsitzender beiseite geschoben sind. Man ist ja allerdings von dergleichen nicht mehr sehr überrascht und man wundert sich auch fast über nichts mehr. Die großen Verdienste, die Sie beide um die Kunst haben, würden sonst gewiß gefeiert werden, unter den obwaltenden Umständen würde man den Herren Vorsitzenden aber einen schlechten Dienst damit leisten. Nach zahlreichen Beispielen würde das die Vertreter des jetzigen Systems auf den Plan rufen, um verrottete und veraltete Zustände in der bisherigen Verwaltung der Kunst nachzuweisen.“³⁴

Es herrschte, wie es scheint, eine Kombination aus Angst, Betroffenheit und Schockzustand ob der rasanten Dynamik, die hier losgetreten wurde. Vertreter von nationalsozialistischer Ideologie bzw. deren Handlanger mussten nicht lange gesucht werden, denn innerhalb der bestehenden Strukturen war genug Neid und Missgunst vorhanden, um als „Motor“ für Veränderung dienen zu können. Wie bereits eingangs erwähnt, funktionierte der Nationalsozialismus nicht als reine Ordnungsmacht, sondern eher als Nutznießer vorhandenen Chaos und Agent Provocateur. Gerade diese Kombination aus teils brutalem Durchgriff und Verlockung zum vorauseilenden Gehorsam führte zur Ausgestaltung eines Systems, das nicht auf einem durchgehenden Masterplan beruhte, sondern von der Dynamik der im verursachten oder hervorgekehrten Chaos, handelnden Akteure lebte.

„Selbstmobilisierung“ im Sinne von „Blut und Boden“

Durchwegs also ist zu sehen, dass bereits knapp nach der Machtergreifung der NSDAP im Januar 1933 und viele Monate vor einer gesetzlichen Regelung zum Kulturbereich und dessen Organisation im Sinne des Regimes, sich die Instrumentalisierung des Kulturwesens als Ideologieträger des NS-Staates tief in das Denken und Handeln der bestehenden Strukturen und Vereine eingeschrieben hatte. Vielfach reichten Ankündigungen, Gerüchte und Stimmungsbilder aus, das bestehende Intrigengemenge nutzen zu können, um so rasch das gewohnte System zum Kippen zu bringen. Es bedurfte nur einzelner Akteure, die dem Druck nachgaben. Die „Kunst“ hielt dem inneren und äußeren Druck gerade einmal etwas über ein halbes Jahr stand. Im November 1933 war Hermann Maas, ein ideologisch gefestigter SA-Mann, auf Anordnung des preußischen Innenministeriums als Oberbürgermeister in Emden eingesetzt worden. Er musste nicht lange warten, um die Früchte der destruktiven Atmosphäre der letzten Monate ernten zu können. Und die Atmosphäre war sehr destruktiv geworden. Im Monat zuvor hatte der für die Geschichte der Kunst noch bedeutsam werden sollende Johann Menso Folkerts, zu diesem Zeitpunkt Kreisleiter der NSDAP, mit seinen Schergen den Vorgänger von Maas, Wilhelm Mützelburg, in dessen Büro misshandelt und ihn durch die Stadt getrieben. Ein brutaler Vorgang, der selbst in NS-Kreisen auf Landesebene nicht unumstritten war.³⁵ Bereits am 14. November erging an Maas vom Vorsitzenden der „Kunst“ ein Schreiben, in dem ganz knapp auf zwei Seiten

34 Brief von Wiard Lüpkes an Arend Hoppe, 25.08.1933, OLME-AK, Kor. 28. S. 269.

35 Vgl. Herbert Reyer (Hrsg.), Ostfriesland im Dritten Reich. Die Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Regierungsbezirk Aurich 1933-1938. Beiträge des Kolloquiums der Ostfriesischen Landschaft am 7. und 8. Februar 1992, Aurich 1999.

zuerst sehr selbstbewusst die Notwendigkeit der „Kunst“, mit der Stadt zusammenzuarbeiten, vorangestellt wird, um schließlich „[m]it dem Wunsche gedeihlicher Zusammenarbeit und der Versicherung, dass unsere Gesellschaft in allen Fragen, die ihr Arbeitsgebiet betreffen, stets bereitwilligst zur Verfügung stehen wird“ zu enden.³⁶ Mützelburg hingegen verließ nicht nur Emden nach dieser katastrophalen Begebenheit, sondern auch die „Kunst“. Am 6. Dezember 1933 langte bei jener seine kurze Austritts-Notiz ein: „Einen verehrlichen Verein bitte ich, meinen Austritt zum Ende dieses Kalenderjahres infolge Fortzugs zu vermerken. Mit deutschem Gruss und Heil Hitler! Mützelburg“.³⁷

Am 27. Oktober 1935 eröffnete die „Kunst“ ihre erste Jahresversammlung im Rummel des Rathauses zu Emden. Beworben wurde diese Veranstaltung als „Ostfriesentag in Emden – Ein Aufruf zur Mitarbeit an alle Freunde der Heimat“.³⁸ Nebst der politischen Honoratioren der Stadt, Vertretern des Heimatschutzes, der Heimatvereine, der Kreisbauernschaft, der Provinzialverwaltung und des Regierungspräsidenten wurden ganz selbstverständlich als „Vertreter der Partei“ unter anderem Kreisleiter Folkerts und sein Stellvertreter Neeland sowie ein Repräsentant der deutschen Wehrmacht begrüßt. Es handelte sich bei diesem ersten Versuch einer öffentlichen Jahresversammlung also keinesfalls um so etwas wie eine Mitgliederversammlung, sondern vielmehr um einen politisch bewussten Akt, dessen Zielgruppe ganz präzise die vom NS-Regime ausgewiesenen Kulturträger war. In den Protokollen der „Kunst“ ist leider keine Diskussion zu dieser Veranstaltung auffindbar, jedoch ist die Eröffnungsrede erhalten, die den Zweck derselben ganz deutlich ausweist:

„Wir möchten eine engere Fühlungnahme mit allen heimatkundlich interessierten Kreisen herbeiführen. Wir möchten Anregungen zur Mitarbeit vermitteln und neue Freunde gewinnen, die uns bei der Durchführung unserer Aufgaben behilflich sind. Diese Aufgaben haben ja gerade im neuen Deutschland eine ganz besondere Bedeutung gewonnen, deren früher nur die Wenigsten sich bewusst gewesen sind. Die Besinnung des deutschen Volkes auf sich selbst bringt ihm erst die grossen schöpferischen und befruchtenden Kräfte seines Volkstums, das mit seinem Blute unlösbar verbunden ist, recht zum Bewusstsein; es erwächst uns daraus die Aufgabe, diesen Kräften nachzuspüren und dem demokratischen liberalistischen Ideal des Weltbürgers den mit seiner Landschaft verwachsenen stammesbewussten Menschen entgegenzustellen.“³⁹

Die „Kunst“ übernahm hiermit eine Aufgabe im Sinne des Regimes und dessen kulturpolitischer Ausrichtung auf „Blut und Boden“. Damit ist sie kaum drei Jahre nach dem Erstkontakt zur verhetzenden Ideologie des NS-Staates – es sei hier an die Anfrage des SS-Schergen Suchsland aus dem Frühjahr 1933 erinnert – eine Trägerin dieses Gedankenguts geworden und hat sich von ihrer Rolle als aus der Aufklärung erwachsene bürgerliche Gesellschaft verabschiedet. Sie agiert nicht mehr als Vertreterin des bürgerschaftlichen Engagements für Emden und Ostfriesische Kultur und Geschichte, sondern verschreibt sich der durch und durch rassistischen mythologisierten Geschichts- und Gesellschaftsauffassung des

36 Brief an den Oberbürgermeister Hermann Maas, 14.11.1933, OLME-AK, Kor. 28 S. 275-276.

37 Austrittserklärung von Wilhelm Mützelburg, 06.12.1933, OLME-AK, Kor. 28, S. 321.

38 Einladung zum „Ostfriesentag in Emden“, OLME-AK, Kor. 30, S. 393-394.

39 Eröffnungsrede der ersten Jahresversammlung der „Kunst“, 27.10.1935, OLME-AK, Kor. 30, S. 260.

Nationalsozialismus. Dies bedeutet natürlich auch, praktisch zu den Wächtern dieser Politik zu gehören und darauf zu achten, dass sich nur Gleiches zu Gleichem fügt, wie dies Alfred Rosenberg in seinem unerträglichen Machwerk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ schrieb:

„Auf allen demokratischen Konzilien hört man noch heute den Lehrsatz von der ‚Internationalität der Kunst und Wissenschaft‘ verkünden. Die geistig Armen, die das ganze 19. Jahrhundert mit diesen Zeugnissen der Lebensfremdheit und rasselosen Wertelosigkeit blamiert haben, kann man natürlich nicht mehr über die Beschränktheit dieser ‚Allweltlichkeit‘ belehren. Das junge Geschlecht aber [...] wird nach einem einzigen unbefangenen Hinschauen auf die Mannigfaltigkeit der Welt entdecken, daß es eine ‚Kunst an sich‘ nicht gibt, nie gegeben hat und niemals geben wird. Kunst ist immer die Schöpfung eines bestimmten Blutes, und das formgebundene Wesen einer Kunst wird nur von Geschöpfen des gleichen Blutes wirklich verstanden“.⁴⁰

Dies ausführlichere Zitat Rosenbergs soll zeigen, wie nahe und unmittelbar man sich an jenem Vormittag um halb elf Uhr des 27. Oktobers 1935 dem Kern der Vernichtungsideologie angenähert hatte. Das war nicht nur eine Verkündigung ideologischer Übereinstimmung, sondern konvergierte mit dem Hinweis auf die Gestaltung des Landesmuseums – „Wer die im vorigen Jahre neu eingerichteten Räume unseres Ostfriesischen Landesmuseums mit offenen Augen durchwandert, wird auf Schritt und Tritt diese Eigenart spüren [...]“⁴¹ – zu einer „Volksbildungsstätte“ im Sinne dieses Systems. In den Protokollbüchern der Zeit findet sich intern kein politisches Wort dazu, nach außen aber gibt man sich ganz treu der Vorgaben, verwandelt so Heimatkunde in Rassismus und reproduziert damit genau jene Carl-Schmittsche Freund-Feind Metapher, die einem selbst im Konflikt um die Gleichschaltung zum Verhängnis wurde.⁴² Dahingehend wird auch der Heimatbegriff gewendet und pervertiert: „Grosse und bedeutsame Aufgaben stellt uns der praktische Heimatschutz, der sich nicht auf die starre Erhaltung eines einmal gegebenen Zustandes beschränken darf, sondern zu einer dem Geiste der Landschaft entsprechenden Fortentwicklung des Heimatbildes gelangen muss.“⁴³ Institutionell war diese als Jahrestagung bezeichnete Versammlung eine Verbeugung vor dem Regime, die in der Erkenntnis mündete,

40 Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1934, S. 120. Rosenberg verfasste seit den frühen 1920er Jahren zahlreiche Schriften mit radikalen „rassenideologischen“ Inhalten und beförderte damit die antisemitische und rassistische Stimmung in Deutschland massiv. Sein „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR)“ war in ganz Europa für den Raub von Kulturgütern verantwortlich und als Leiter des „Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete“ war er für die so genannte „Germanisierung“ der besetzten Ostgebiete und die Vernichtung der dort ansässigen jüdischen Bevölkerung verantwortlich. Nach dem Ende des NS-Terrors wurde er in Nürnberg während der Hauptkriegsverbrecherprozesse in allen Anklagepunkten für schuldig befunden und schließlich hingerichtet.

41 OLME-AK, Kor. 30, S. 261.

42 Carl Schmitt, ein weiterer Chefideologe des NS-Regimes, hat in seinem bekannten Werk zum Begriff des Politischen in Ablehnung demokratischer Diskussionskultur, der Diplomatie und der ausgleichenden Bürgergesellschaft, also letztlich in Ablehnung jeglicher aufgeklärter Werte, den Gegensatz zwischen Freund und Feind und den Kampf zwischen beiden zum Zentrum der Staatsideologie erklärt. Siehe dazu: Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1979[1932].

43 OLME-AK, Kor. 30, S. 262.

„dass nicht Einzelgängertum, sondern Eingliederung in das grosse Ganze die erste Voraussetzung für das Gelingen grosser Pläne ist, hat unsere Gesellschaft bewogen, Anschluss an die Preussische Staatsregierung zu suchen, und ich möchte es bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, den Herren der Regierung aufrichtigst für das Verständnis zu danken, das wir bei Ihnen gefunden haben und noch täglich finden. Die Anlehnung unserer Gesellschaft an die Regierung soll besonders dokumentieren, dass wir nicht einer einzelnen Stadt, sondern dem ganzen Lande dienen wollen [...]“⁴⁴

Dienend die Ideologie zu (re)produzieren war die neue Aufgabe. Wie sich noch zeigen sollte, war diese Haltung durchaus erfolgsversprechend. Es ist jedoch auch interessant, zu beobachten, dass gegenüber den anderen Heimatvereinen der Bezug zum „großen Ganzen“ scheinbar nur Lippenbekenntnis war. Der Vorsitzende der „Kunst“ wandte sich kurz nach dem Ostfriesentag an den Vorsitzenden des Bundes der ostfriesischen Heimatvereine, um diesem die Zusammenarbeit anzubieten und erntete prompt deutliche Kritik:

„Sie wissen, dass die Kunst sich immer einer Zusammenarbeit gegenüber ablehnend verhalten hat und sich nicht dazu verstehen konnte die anderen Heimatvereine anzuerkennen. Der Ostfriesentag hätte die Möglichkeit eines engen Zusammengehens bieten können. Wenn – ja – wenn nicht dieser Tag als eine reine Angelegenheit der ‚Kunst‘ aufgezogen wäre und man nicht die anderen ostfriesischen Heimatvereine totgeschwiegen hätte. Die Stimmung der Heimatvereine ist dadurch nicht freundlicher geworden und so sehe ich zunächst keinen Weg, der zu einem Ziele führen könnte.“⁴⁵

1936 war dann das Jahr, in dem sich der Bund ostfriesischer Heimatvereine nach langer Zeit mit einer Unterwerfungsgeste wieder zu Wort meldete. Am 4. Juli 1936 sollte der Bund tagen und hatte als ersten Tagesordnungspunkt den „Neuaufbau des Bundes der ostfriesischen Heimatvereine unter der Führung des Deutschen Bundes Heimatschutz.“⁴⁶ Dieser Punkt wurde ergänzt mit dem Hinweis auf die Anwesenheit einer externen Person, nämlich Georg Grabenhorst, Referent für Kultur- und Landespflege in der Verwaltung der Provinz Hannover und Landesleiter der Schrifttumskammer Hannover. Auch hier war Eingliederung in das System, noch dazu unter Aufsicht aus Hannover, also das zentrale Thema. Die Zwickigkeiten und gegenseitigen Abgrenzungen machten es den Interessen Dritter leicht zu dominieren und als Ausweg aus den Sackgassen diverser Kleinkriege, erleichternd oder sogar als helfende Instanz wahrgenommen zu werden.

Neue Koalitionen – alte Ziele

Die „Kunst“ beherrschte dieses Spiel nach den anfänglichen „Problemen“ mit dem neuen System recht gut, und vielfach zu ihrem Vorteil. Bereits im Februar 1935 hatte sich Hermann Conring, der spätere Vorsteher der Ostfriesischen Landschaft und „Beauftragter des Reichskommissars für die besetzten niederländischen

44 Ebenda.

45 F. ten Doornkaat Koolman an Anton Kappelhoff, 08.11.1935, OLME-AK, Kor 30, S. 402.

46 Einladung zur Tagung des Bundes der ostfriesischen Heimatvereine, 24.06.1936, OLME-AK, Kor. 30, S. 391.

Gebiete für die Provinz Groningen“ noch als Landrat des Landkreises Leer, in einem Leserbrief an die Ostfriesische Tageszeitung, dem lokalen Parteiorgan der NSDAP, darüber beschwert, dass alle vorgeschichtlichen Funde aus ganz Ostfriesland nach Emden gezogen und andere Städte derselben beraubt werden würden. Ein Vorwurf, dem sich die „Kunst“ ja bereits im Rahmen der Formierung des „Bundes der ostfriesischen Heimatvereine“ ausgesetzt sah. Conring kündigte an, zumindest in seinem Landkreis, die Polizei und Schulen anzuweisen, etwaige Funde zuerst den lokalen Heimatmuseen zu melden und das Landesmuseum somit zu übergehen. Die „Kunst“ beschwerte sich daraufhin direkt beim Regierungspräsidenten über Conring.⁴⁷ Jener hat aber recht erfolgreich im Laufe des Jahres 1936 eine eigene Arbeitsgemeinschaft für vorgeschichtliche Funde, selbstredend unter Auslassung der „Kunst“, gegründet. Dies war der „Kunst“ Anlass genug, sich an Schatzrat Dr. Hartmann vom Niedersächsischen Heimatschutz zu wenden, um dem ein Ende zu bereiten. Ganz direkt wurde seitens des Vorsitzenden der Kunst in Hannover intrigiert:

„Ich kann mir nicht denken, dass diese Absicht Ihren Gedankengängen entspricht, da Sie ja in den letzten Jahren wiederholt betont haben, dass die ‚Kunst‘ als der bei Weitem älteste, grösste, aktivste und leistungsfähigste Verein den Mittelpunkt der ostfriesischen Heimatarbeit bilden müsse, wie es ja de facto auch schon immer der Fall gewesen ist. Seitdem ich die Leitung der Gesellschaft übernommen habe, ist es mein Bestreben gewesen, auch das Verhältnis zu den anderen ostfriesischen Heimatvereinen auf eine bessere Basis als früher zu bringen. Allerdings liegen die Verhältnisse in Ostfriesland, wie ich Ihnen schon früher sagte, besonders schwierig, weil einige Vereine unsere Tätigkeit, die sich nun einmal seit 116 Jahren über ganz Ostfriesland erstreckt, als unerwünschte Konkurrenz und einen Eingriff in ihre Sphäre betrachten. Unsere Gesellschaft, deren Mitglieder zum grösseren Teile ausserhalb Emdens wohnen, würde sich aber selbst aufgeben, wenn sie dieser Einstellung nachgäbe und sich mit der Stellung eines Emdener Lokalvereins begnüge.“⁴⁸

Sobald also die Position der „Kunst“ und ihre Stellung im und als Zentrum der Kultur Ostfrieslands in Gefahr schien, waren das Regime und seine Vertreter einer kulturpolitischen Gleichschaltung willkommene Ansprechpartner für ihre Bedürfnisse und Wünsche nach Erhalt ihrer hervorragenden Rolle als deutlicher Primus inter Pares. Dass man so die Flanke offen hielt, und nicht nur der Unterstützung des Systems, sondern auch dessen Macht und Einfluss – nicht zuletzt auf das eigene Handeln – Einlass gewährte, schien nicht so wichtig zu sein, wie ostfriesische territoriale Kulturpolitik. Dies war auch erfolgreich, denn das Ansinnen der „Kunst“ wurde unter Beilage eines Abdrucks der „scharfen“ kulturpolitischen Eröffnungsrede des Ostfriesientages vom Oktober 1935 noch verstärkt, und so entschied der Niedersächsische Heimatschutz, wohl überzeugt vom regimetreuen Anspruch der „Kunst“, Conring anzuweisen, die „Kunst“ in seine Arbeitsgemeinschaft einzubeziehen und somit die gewünschte Ordnung wiederherzustellen.⁴⁹ Es sieht fast so aus, als ob Ideologie und Systemtreue eine Art Währung im Spiel

47 Schreiben an den Regierungspräsidenten in Aurich, 17.02.1935, OLME-AK, Kor 30, S. 405.

48 Brief von Anton Kappelhoff an Schatzrat Dr. Hartmann, 20.06.1936, OLME-AK, Kor. 30, S. 411.

49 Brief des Niedersächsischen Heimatschutzes an Anton Kappelhoff, 24.06.1936, OLME-AK, Kor 30, S. 414.

der Kräfte um den Heimatschutz, die Kulturpolitik und die lokalen Konfliktformationen gewesen sind. Dieses Spiel ging jedoch auch in die andere Richtung. Im Juli 1936 wandte sich die Kreisbauernschaft Norden mit folgender Bitte an die „Kunst“:

„Für die Ahnen-, Sippen- und Hofgeschichtsforschung wird seitens der Landesbauernschaft Hannover Wert darauf gelegt, ein möglichst dichtes Mitarbeiternetz zu bekommen, um die Beschäftigung des Bauerntums mit den Blutsfragen in Gestalt von Ahnen-, Sippen-, und Hofgeschichtsforschung bis in die einzelnen Dörfer anzuregen und zu unterstützen. Es ist uns namhaft gemacht worden, dass Sie uns Personen, die sich mit Ahnenforschung usw. befassen, namhaft machen können. [...] Freiums Schlag liegt an.“⁵⁰

Dies war eine direkte Anfrage einer NS-Organisation, die eigenen Mitarbeiter und Fachkundigen in den Dienst der zentralen „Blut und Boden“ Organisation des Regimes zu stellen. Und das überdeutlich, da das Begriffspaar – „Blut und Boden“ – auf der Banderole des Reichsadlers im Wappen des Reichsnährstands ganz groß im Briefkopf prangte.⁵¹ Damit hatte man sich bereits so gut arrangiert, dass sich in der prompten Antwort einige wohlbekannte Emdener Namen befanden.⁵² Die Hemmschwelle, mit dem Regime zusammenzuarbeiten und auch bewusst davon zu profitieren, war mehr als deutlich herabgesetzt. Auch ein Besuch der „Kunst“ im „Reichsarbeitsdienst“-Lager Collrungermoor im April 1936 sowie der freundschaftliche Kontakt mit der Lagerleitung und die Übersendung von Fotos des Besuches als Zeichen „dankbarer Erinnerung“ an diese, zeugt nicht unbedingt von großer Distanz zum Regime und seinen Institutionen.⁵³

Finanziell scheint sich die Regimenähe jedoch nicht bezahlt gemacht zu haben. Am 15. März 1936 musste der Vorstand der „Kunst“ bei der Sparkasse Emden zu den bereits entlehnten 12.000,- RM noch zusätzliche 3.500,- RM an Darlehen für die „Herrichtung weiterer Museumsräume und endgültigen Fertigstellung [der] Sammlungen“⁵⁴ aufnehmen. Dies überrascht, da die „Kunst“ im Februar des Jahres bereits Teile Ihrer Münzsammlung – jene Teile ohne lokalgeschichtlichen Bezug –, darunter 53 Gold und 3.000 Silber und Kupfermünzen dem Händler Busso Peus in Frankfurt am Main angeboten hatte,⁵⁵ wohl, um für den Ausbau des Landesmuseums finanziell gerüstet zu sein. Jedenfalls nahm die Sparkasse ihre Rolle als Darlehensgeberin sehr ernst und wurde mit 3. April 1936 als juristische Person Mitglied der „Kunst“.⁵⁶

50 Brief der Kreisbauernschaft Norden an die „Kunst“, 08.07.1936 OLME-AK, Kor 30, S. 626.

51 Reichsnährstand oder RNST war die ständische Organisation der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im NS-Staat, zu der auch die Landes- und Kreisbauernschaften gehörten.

52 Antwortschreiben der „Kunst“ an die Kreisbauernschaft Norden, 15.07.1936, OLME-AK, Kor 30, S. 627.

53 Brief des Museumsleiters des Landesmuseums an Oberfeldmeister Rowehl vom „RAD“-Lager Collrungermoor, 09.04.1936, OLME-AK, Kor. 30, S. 677.

54 Darlehensansuchen des Vorsitzenden Anton Kappelhoff an die Sparkasse Emden, 15.03.1936, OLME-AK, Kor. 30, S. 710.

55 Siehe dazu: Korrespondenz der „Kunst“ mit Busso Peus, Februar 1936, OLME-AK, Kor. 30, S. 556-560.

56 Beitrittserklärung der Stadtparkasse Emden zur „Kunst“, 03.04.1936, OLME-AK, Kor. 30, S. 823.

Selbstaufgabe und endgültige Gleichschaltung

Zwei Jahre später war schließlich auch Regimenähe nicht mehr ausreichend und der NS-Staat musste sich der „Kunst“ samt und sonders bemächtigen. Neben den Protokolleinträgen sind hierzu zwei interessante Dokumente überliefert. Am 28. September 1938 bestätigte der zweite bzw. kommissarische Vorsitzende der „Kunst“, Louis Hahn, dem NSDAP Kreisleiter Johann Menso Folkerts schriftlich, dass eine außerordentliche Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen hätte, dem Regierungspräsidenten in Aurich vorzuschlagen, ihn, also Folkerts, zum Vorsitzenden der „Kunst“ zu ernennen.⁵⁷ Jener antwortete bereits zwei Tage zuvor auf die telefonische Vorabinformation an Hahn: „Ausdrücklich mache ich darauf aufmerksam, dass keine Unklarheit darüber bestehen kann, dass ich bislang der ‚Kunst‘ nicht als Mitglied angehört habe. Deren Vorsitz übernehme ich nur dann, wenn mir eindeutig die Bitte unterbreitet wird, als Nationalsozialist, dem von seinem Gauleiter die Betätigung auf kulturellem Gebiet zugewiesen ist, die Führung zu übernehmen.“⁵⁸

Deutlicher konnte sich die Hierarchie des Regimes über die zumindest belastet anmutende Geisteshaltung Menso Folkerts nicht in die „Kunst“ einschreiben. Weder zählte die Mitgliederversammlung, noch die staatliche Ordnung für Folkerts. Aufgeladen mit der Idee, einer Bestimmung „als Nationalsozialist“ zu folgen, zählte für den ideologisch vollkommen verblendeten Gründer der lokalen NSDAP-Kreisstelle nicht die Wahl zum Vorsitzenden, nicht der gesellschaftliche Aufstieg, sondern bloß die korrekte Berufung durch seinesgleichen. Er sollte die „Kunst“ in den folgenden Jahren als Vorsitzender, Sonderbeauftragter des Gauleiters, Chefredakteur der Ostfriesischen Tageszeitung, Landschaftsrat, Stadtrat für kulturelle Angelegenheiten etc. zu seiner persönlichen Spielwiese umgestalten und wird in seinen vielen Funktionen vermutlich selbst nicht immer gewusst haben, in welcher Rolle er gerade agierte. Dieses schizophrene Chaos spiegelt sich noch heute im Archiv der „Kunst“ und seinen umfassenden Hinterlassenschaften als Ariseur und Raubkunstakquisiteur.

Weltpolitik, Kulturpolitik und lokale Ereignisse erfahren in jener Zeit eine unglaubliche strukturelle Gleichzeitigkeit. Die Muster des einen vervielfältigen sich im anderen, und produzieren oder befördern wohl dadurch Persönlichkeiten wie Menso Folkerts. Konsistente Politik schien jedenfalls nicht möglich zu sein, denn Konsistenz war der größte Feind des NS-Regimes. Nur, wer sich im Chaos bewegen konnte und indifferent gegenüber der verstörenden „Blut und Boden“-Mentalität des Nationalsozialismus war, konnte im Sinne desselben erfolgreich sein. Selbstmobilisierung war integraler Bestandteil des Systems. Das Bild, das so entsteht, ist eines, das klassischen Vorstellungen einer direkten Instrumentalisierung von Organisationen oder Personen für den NS-Staat nicht entspricht. Vielmehr zeigt sich ein gegenseitiges „Anspornen“ in der Interpretation von mit Ideologie aufgeladenen Aktionsfeldern zwischen kulturell relevanten Akteuren Ostfrieslands und Niedersachsens. Das Regime ließ die Akteure mit wenigen Ausnahmen erst einmal selbst so etwas wie eine Operationalisierung des ideologischen Rahmens entwickeln, forcierte später eine Radikalisierung der Positionen und strukturierte

57 Louis Hahn an Johann Menso Folkerts, 28.09.1938, OLME-AK, Kor. 34, S. 124.

58 Johann Menso Folkerts an Louis Hahn, 26.09.1938, OLME-AK, Kor. 34, S. 125.

im Nachhinein, entlang der Ergebnisse des zuvor eingereichten „Experimentier-raums“, die „Erfolge“ in seinem Sinne. Das Archiv der „Kunst“ erlaubt dank seiner Vollständigkeit und „nichtstaatlichen“ Aufbewahrungsstrategie einen hochinteressanten Einblick in diesen ideologischen „Experimentierraum“ der NS-Kulturpolitik. Immerhin ist die Korrespondenzregistratur, fügt man alle Teile wieder zusammen, de facto 1:1 aus den Ordnern in Kartons umgelagert worden und Kassationen scheinen keine vorgenommen worden zu sein. Dies hilft, die Komplexität dieses Regimes, das in seiner Ordnungspolitik stets zwischen scheinbar strikter Hierarchie und ebenso scheinbar vollkommenem Chaos pendelte, besser zu verstehen. Die „Kunst“, so zeigen die Akten, folgte diesen Pendelbewegungen, wurde ideologisch getaktet, war aber auch selbst Taktgeberin und damit auch ein Instrument des Regimes.

Zusammenfassung

Der Beitrag will das prekäre Verhältnis zwischen „Gleichschaltung“ der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer als zentral gesteuertes Phänomen nationalsozialistischer Kulturpolitik und, wie die neueste Forschung zur NS-Kulturpolitik herausstellt, der „Selbstmobilisierung“ im Sinne des Systems zwischen 1933 und 1938 entlang der Korrespondenzakten der „Kunst“ exemplarisch nachzeichnen. Es wird sich anhand dieser fast vollständig erhaltenen Ablage aus dem Archiv der „Kunst“ herausstellen, dass eine simple Antwort auf die Frage, wie die Integration der Gesellschaft in die von „Blut und Boden“-Gedankengut zersetzten Heimatbewegung der Nationalsozialisten nicht zu geben ist. Vielmehr schwingt das Pendel zwischen aktiver „Gleichschaltung“ durch das System und nicht minder aktiver „Selbstangleichung“ an das Regime und dessen Heimatideologie in dieser konfliktreichen Zeit rasch hin und her. Aus dieser fatalen Bewegung sollte eine neue Gesellschaft entstehen, die mit den aufgeklärten Idealen ihrer Gründer nichts mehr gemein haben würde.

Literatur

- Frank B ö s c h , Militante Geselligkeit. Formierungsformen der bürgerlichen Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus, in: Wolfgang Hartwig (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939, Göttingen 2005, S. 151-182.
- Volker D a h m , Nationale Einheit und partikulare Vielfalt. Zur Frage kulturpolitischer Gleichschaltung im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 43, 1995, 2, S. 221-266.
- Bastian H e i n , Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945, München 2012.
- Bernd K a p p e l h o f f , Von der übervollen Sammlungsschau zum Ostfriesischen Landesmuseum Emden als Volksbildungsstätte. Die Auseinandersetzungen um die konzeptionelle Neugestaltung des Museums der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden ab 1927/28 und der Kampf um ihre Gleichschaltung im NS-Staat, Teil 1, in: EJB, Bd. 96, 2016, S. 137-177; Teil 2, in: EJB, Bd. 97, 2017, S. 149-226; Teil 3, in: EJB, Bd. 98, 2018, S. 67-138.

- Michael H. K a t e r, Das „Ahnenerbe“ der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, München 2006.
- Thomas M a n n, Rede auf dem Deutschen Tag in New York 1938, in: Thomas Mann; Hans Bürgin (Hrsg.), Werke. Das essayistische Werk, Band 6, Frankfurt/Main 1968.
- Herbert R e y e r (Hrsg.), Ostfriesland im Dritten Reich. Die Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Regierungsbezirk Aurich 1933-1938. Beiträge des Kolloquiums der Ostfriesischen Landschaft am 7. und 8. Februar 1992, Aurich 1999.
- Alfred R o s e n b e r g, Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1934.
- Christoph S c h m i d t, Nationalsozialistische Kulturpolitik im Gau Westfalen-Nord. Regionale Strukturen und lokale Milieus (1933-1945), Paderborn/München/Wien/Zürich 2006.
- Carl S c h m i t t, Der Begriff des Politischen, Berlin 1979[1932].
- Wolfgang S c h u l t z, Grundgedanken nationalsozialistischer Kulturpolitik, München 1939.
- Detert Z y l m a n n, Geschichte einer deutschen Familie. Aus den Tagebüchern meines Großvaters, Hamburg 2016.

Publizierte Quellen

- Joseph Goebbels, Dokument 18, 15. November 1933, Eröffnung der Reichskulturkammer, „Die deutsche Kultur vor neuen Aufgaben“. in: Helmut H e i b e r (Hrsg.), Goebbels Reden, Bd. 1, 1932-1939, Düsseldorf 1971, S. 131-141.
- Adolf Hitler, Dokument 11, 6. September 1938, „Scharfe Absage an kulturpolitische Verirrungen“ Rede auf der Kulturtagung des Parteitags der NSDAP in Nürnberg, DRA-B004893013; VB vom 8.9.1938, in: Robert E i k m e y e r (Hrsg.), Adolf Hitler: Reden zur Kunst- und Kulturpolitik 1933-1939, Frankfurt/Main 2004, S. 189-206.
- Deutsches Reichsgesetzblatt Teil I 1867-1945, 1933, S. 661.